



CDU-Stadtverordnetenfraktion Idstein
Bündnis 90/Die Grünen-Stadtverordnetenfraktion Idstein
SPD-Stadtverordnetenfraktion Idstein
FWG-Stadtverordnetenfraktion Idstein
ULI-Stadtverordnetenfraktion Idstein
FDP-Stadtverordnetenfraktion Idstein

Herrn Stadtverordnetenvorsteher Thomas Zarda
Rathaus
65510 Idstein

07.04.2022

**Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FWG, ULI und FDP
betr. Resolution zum Krieg in der Ukraine und Städtepartnerschaft(en) in
Kriegszeiten**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Hochschulstadt Idstein verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste. Er stellt nicht nur einen Bruch internationaler Verträge und des Völkerrechts dar, sondern erschüttert besonders angesichts offensichtlicher Kriegsverbrechen wie in Mariupol oder Butschka auch die Grundfesten der Zivilisation und macht fassungslos. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen und muss umgehend beendet werden.
2. Die Hochschulstadt Idstein drückt den Menschen, die nun von Krieg, Leid und Not betroffen sind und um ihre Heimat, Angehörige und Freunde bangen, ihre tiefe Anteilnahme aus, gedenkt der Opfer des Krieges und erklärt sich solidarisch mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung.

3. Die Verantwortung für diesen Krieg und seine Folgen liegt bei Wladimir Putin und der russischen Regierung. Denjenigen Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die hingegen den Mut aufgebracht haben, unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens öffentlich gegen den Krieg zu protestieren, erklärt die Stadtverordnetenversammlung der Hochschulstadt Idstein ihren Respekt und ihre Solidarität.

4. Die Hochschulstadt Idstein bekräftigt aus diesem Grund ihre Städtepartnerschaft mit Uglitsch. Die Partnerschaft lebte und lebt vor allem von den persönlichen Beziehungen und Freundschaften sowie zivilgesellschaftlichem Engagement auf beiden Seiten. Diese leisten einen Beitrag zu Völkerverständigung und Frieden. Sie sind gerade jetzt von großer Bedeutung und besonders schutzbedürftig. Angesichts der verschärften Zensur und Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit in Russland bietet der direkte Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern von Uglitsch einen zunehmend wichtigen Zugang zu von der Propaganda der russischen Regierung abweichenden Informationen und Darstellungen. Nur im Dialog kann unsere Haltung zu diesem Krieg unmittelbar und unverzerrt erläutert werden.
Die Kontakte auf offizieller Ebene, die durch die derzeitige Lage schwierig geworden sind, ergänzen die tragenden persönlichen Kontakte.

5. Der Magistrat der Hochschulstadt Idstein wird gebeten, die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit einer ukrainischen Stadt, die perspektivisch in eine Städtepartnerschaft münden kann, umgehend zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung hierüber zu berichten. Auf diesem Wege sollen auch konkrete Hilfsangebote an die Zivilbevölkerung einer möglichen zukünftigen ukrainischen Partnerstadt möglich gemacht werden.

6. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das große private und bürger-schaftliche Engagement vieler Idsteinerinnen und Idsteiner in der Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine und spricht ihnen dafür ihre große Anerkennung und Dank aus. Ebenso gilt der Dank dem Magistrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die dieses Engagement nach Kräften unterstützen.
Die Hochschulstadt Idstein wird weiterhin alles, was ihr möglich ist, unternehmen, um die vor dem Krieg geflüchteten Menschen aufzunehmen, zu versorgen und ihnen eine Teilhabe an unserem Leben zu ermöglichen.

7. Die Stadtverordnetenversammlung ruft alle Idsteinerinnen und Idsteiner dazu auf, jeder Diskriminierung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern aufgrund ihrer Sprache, Nationalität oder Herkunft entschieden entgegenzutreten und appelliert an ein friedliches Miteinander aller Menschen in unserer Stadt.

Begründung:


Erfolgt mündlich.



Steffen von der Heide
(CDU-Fraktion)



Timo Müller
(Fraktion B'90/Die Grünen)



Marius Weiß
(SPD-Fraktion)



Andreas Ott
(FWG-Fraktion)



Ursula Oestreich
(ULI-Fraktion)



Christian Ehrentraut
(FDP-Fraktion)